

Millionenkürzung verhindert

Die Bundesbeiträge für Altenrhein und andere Flugplätze fließen weiterhin: Dies hat das Parlament entschieden.

Adrian Vögele

Der Kontrollturm am Flugplatz Altenrhein hat kein akutes Finanzproblem mehr: Der Plan des Bundesrats, 25 Millionen Franken bei der Flugsicherung der Regionalflugplätze einzusparen, ist im Parlament gescheitert. Die Massnahme war Teil des grossen Entlastungspakets 27. Nach dem Ständerat hat am Mittwoch auch der Nationalrat entschieden, an den Flugsicherungsbeiträgen nicht zu rütteln. Die grosse Kammer fällt den Beschluss mit 120 zu 73 Stimmen. SVP, FDP und Mitte setzten sich gegen SP, Grüne und GLP durch.

Bereits die Finanzkommission des Nationalrats hatte sich gegen die Sparmassnahme ausgesprochen. Kommissionsmitglied Michael Götte (SVP/SG) betonte aber schon vor der Debatte, dieser Entscheid sei an eine Bedingung geknüpft: Die Regionalflugplätze hatten von sich aus angekündigt, die Flugsicherungsleistungen neu auszu-schreiben und so die Kosten zu senken. Die Geschäftsleitung des Flugplatzes Altenrhein ist an dieser Offensive direkt beteiligt. Diesen Plan gelte es umzusetzen, auch wenn die Bundesbeiträge gesichert seien, so Götte.

Keller-Sutter: «Lobbying ist ohrenbetäubend»

In der Nationalratsdebatte am Mittwoch gaben die Flugsicherungsbeiträge erneut zu reden. SP, Grüne und GLP wollten an der Kürzung festhalten. Felix Wettstein (Grüne/SO) kritisierte, die An- und Abfluggebühren der Flugplätze würden die Kosten bei weitem nicht decken. Und oft handle es sich um private Businessflüge. «Dieser Verkehr verursacht Lärm und heizt das Klima weiter an. Er darf nicht auch noch subventioniert werden.» Michael Göttes Einwand, die Kürzung bedeute das Ende der Regionalflugplätze,



Der Flugplatz Altenrhein.

Bild: Niklas Thalmann

liess Wettstein nicht gelten: Man könne die Gebühren erhöhen.

Auch Finanzministerin Karin Keller-Sutter (FDP) verteidigte die Sparmassnahme. «Ich weiss, dass das Thema sehr umstritten ist.» Das Lobbying sei «ohrenbetäubend». Doch der Bund finanziere heute die Flugsicherung an den Regionalflugplätzen zu 86 Prozent und mehr. Dies, obwohl das Gesetz vorsehe, dass der Bund solche Beiträge leisten könne, aber nicht müsse. Der jetzige Umfang der Beiträge sei wohl «nicht im Sinne des Erfinders», sagte Keller-Sutter. Sie plädierte ebenfalls für eine höhere Nutzerfinanzierung und bedauerte, dass im Nationalrat kein Kompromiss vorlag.

Die grossen bürgerlichen Fraktionen liessen sich davon nicht umstimmen. Kommiss-

sionssprecher Thomas Stettler (SVP/JU) sagte: «Die Flugplätze sind von grosser Bedeutung für die Regionen. Sie müssen überleben können.»

Kritik an «unsauberem Dreiecksgeschäft»

Die Branche und ihre Verbündeten in der Politik haben mehrfach betont, die Flugsicherungsbeiträge des Bundes würden schon heute von den Nutzern finanziert. Das Geld stammt nämlich aus der Mineralölsteuer auf Flugbenzin. Die Gegenseite bemängelt jedoch, dass es dort diverse rechtliche Ausnahmen gibt: So sind etwa Linienflüge und Schulungsflüge von der Steuer befreit.

Währenddessen wehrten sich Bürgerliche aus einem weiteren Grund gegen die Spar-



Finanzministerin Karin Keller-Sutter (FDP). Bild: Keystone

massnahme. Der Bundesrat sah vor, die freigespielten 25 Millionen zum Beispiel zur Abgeltung an Skyguide für «Flugsicherungsleistungen in angrenzenden ausländischen Lufträumen im Interesse der Schweizer Flughäfen» zu verwenden. Damit wollte er den Bundeshaushalt entlasten. Das sei ein «unsauberes Dreiecksgeschäft», kritisierte Ständerat Benedikt

Würth (Mitte/SG). Es sei falsch, das Finanzierungsproblem von Skyguide auf dem Buckel der Regionalflugplätze zu lösen.

Heute ist Skyguide auch für die Flugsicherung an den Regionalflugplätzen zuständig. Wer sich in der Neuausschreibung durchsetzt, ist offen. Bevor die Ausschreibung lanciert werden kann, ist noch Grundlagenarbeit nötig: Der Bund muss den Leistungskatalog definieren. Schätzungen zufolge könnte die neue, günstigere Lösung im Jahr 2030 starten. Die Kosten sollen um etwa die Hälfte sinken. Hätte das Parlament die Sparmassnahme des Bundesrats bewilligt, wäre diese 2027 in Kraft getreten. Für alle Regionalflugplätze ausser Grenchen und Bern-Belp wären die Bundesbeiträge weggefallen.

Sozialhilfekürzung hat keine Chance

Motion Der St. Galler Kantonsrat hat eine von der SVP geforderte Kürzung der Sozialhilfe abgeschmettert. In einer Motion wollte die SVP die Sozialhilfe ab dem 11. Monat pauschal um 10 Prozent kürzen. SVP-Kantonsrat Lukas Huber argumentierte, es müssten Fehlanreize vermieden werden. Die Sozialhilfe stosse auf immer weniger Unterstützung seitens der Bevölkerung.

Doch der SVP-Vorstoss hatte bei den anderen Fraktionen keine Chance. Von SP bis FDP lehnten alle Parteien den Vorschlag ab. Besonders stimmreich meldete sich die SP-Grünen-GLP-Fraktion zu Wort. Mehrere Fraktionsmitglieder warnten, dass Kürzungen der Sozialhilfe kontraproduktiv bei der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt sein könnten. Zudem gebe es begründete Situationen, in denen ein längerer Sozialhilfebezug unumgänglich sei. Karin Schulthess (SP) sagte: «Die Motionärinnen und Motionäre zielen einmal mehr auf die Schwächsten. Das ist ethisch und rechtlich grenzwertig.»

Auch Mitte und FDP stellten sich gegen die Motion. Jens Jäger (FDP) sagte: «Die Gemeinden kennen die konkreten Fälle.» Sie hätten bereits heute Möglichkeiten, die Sozialhilfe von wenig kooperativen Bezügerinnen und Bezügerern um bis zu 30 Prozent zu kürzen. «Das ist zielgerichteter als pauschale Reduktionen.» Wenn, dann solle die Gemeindeautonomie gestärkt werden, nicht geschwächt. Philipp Egger (Mitte) sagte: «Wir erachten das aktuelle Gesetz nicht nur als richtig, sondern als besser.» Es gebe keinen Anpassungsbedarf.

Die Regierung bezeichnete die Motion in ihrer Stellungnahme als nicht zielführend. Sie verwies unter anderem auf die rückläufige Sozialhilfequote. Sie lag 2024 bei 1,8 Prozent – so tief wie seit 20 Jahren nicht mehr. Der Kantonsrat beschloss mit Ausnahme der SVP einstimmig, nicht auf die Motion einzutreten. (jot)

Anlagefonds

ANZEIGE

Erläuterungen

Reihenfolge Fondsinformationen:

Fondsname, Rechnungswährung, Konditionen Ausgabe / Rücknahme, Kursbesonderheiten, Inventarwert (Ausgabepreis oder Börsenschlusskurs, Abweichungen siehe Besonderheiten), YTD-Performance in %

Konditionen bei der Ausgabe und Rücknahme von Anteilen:

1. Keine Ausgabe- und Rücknahme- und/oder Gebühren zugunsten des Fonds (Ausgabe erfolgt zum Inventarwert).

Die zweite, kursiv gedruckte Ziffer verweist auf die Konditionen bei der Rücknahme von Anteilen:

1. Keine Rücknahmekommission und/oder Gebühren zugunsten des Fonds (Rücknahme erfolgt zum Inventarwert).

Besonderheiten:

- wöchentliche Bewertung
- monatliche Bewertung
- quartalsweise Bewertung
- keine regelmässige Ausgabe und Rücknahme von Anteilen
- Vortagespreis
- frühere Bewertung
- Ausgabe von Anteilen vorübergehend eingestellt
- Ausgabe und Rücknahme von Anteilen vorübergehend eingestellt
- Preisindikation
- In Liquidation
- nach Ertrags- und/oder Kursgewinnausschüttung

NAV / Issue Price exclusive Kommissionen

Fondseinträge können bei CH Regionalmedien AG, 071 272 77 77 oder insertar-tagblatt@chmedia.ch disponiert werden.

Sponsor

SWISS EXCHANGE
www.six-swiss-exchange.com

Bezeichnung	Währung	Ind.	03.03. 2026	±
ST.GALLER KANTONALBANK Tel. 0844 811 811 www.sgkb.ch				
Obligationenfonds				
Finrean Swiss Eq IsoPro® (CHF) A	CHF	1/1 e	112,78	0,7
SGKB(CH)II – Obligationen CHF B	CHF	1/1 e	106,22	0,1
SGKB(Lux) – Obligationen EUR EUR - B	EUR	1/1 e	116,87	0,7
Aktiefonds				
Finrean Swiss Eq IsoPro® (CHF) A	CHF	1/1 e	248,42	1,1
SGKB(CH)II – Akt. Fokus Ostschweiz B	CHF	1/1 e	158,03	1,2
SGKB(CH)II – Aktien Schweiz B	CHF	1/1 e	391,54	0,0
SGKB(Lux) – Aktien Welt CHF - B	CHF	1/1 e	141,05	-0,3
Strategiefonds				
SGKB(CH) – Strat. Ausgewogen A	CHF	1/1 e	146,21	1,7
SGKB(CH) – Strat. Ausgewogen Eco A	CHF	1/1 e	104,42	1,4
SGKB(CH) – Strat. Einkommen A	CHF	1/1 e	117,41	1,6
SGKB(CH) – Strat. Einkommen Eco A	CHF	1/1 e	102,87	0,9
SGKB(CH) – Strat. Kapitalgewinn Eco A	CHF	1/1 e	130,11	2,2
SGKB(CH) – Strat. Wachstum A	CHF	1/1 e	136,32	1,4
SGKB(CH) – Strat. Wachstum Eco A	CHF	1/1 e	108,67	1,8
SGKB(Lux) – Danube Tiger EUR - B	EUR	1/1 e	327,35	5,2
Vorsorgefonds				
SGKB(CH)II – Akt. Fokus Ostschweiz V	CHF	1/1 e	107,10	1,3
SGKB(CH)II – Aktien Schweiz V	CHF	1/1 e	106,22	0,1
SGKB(CH) – Strat. Ausgewogen Eco V	CHF	1/1 e	106,95	1,5
SGKB(CH) – Strat. Ausgewogen V	CHF	1/1 e	129,82	1,8
SGKB(CH) – Strat. Einkommen Eco V	CHF	1/1 e	103,54	0,9
SGKB(CH) – Strat. Einkommen V	CHF	1/1 e	118,86	1,6
SGKB(CH) – Strat. Kapitalgewinn Eco V	CHF	1/1 e	131,53	2,2
SGKB(CH) – Strat. Wachstum Eco V	CHF	1/1 e	110,81	1,9
SGKB(CH) – Strat. Wachstum V	CHF	1/1 e	143,14	1,5
Andere Fonds				
Finrean Tail RiskCont®(0-100)(CHF) A	CHF	1/1 e	117,23	0,7
Kursquelle				

Infront
Kurse ohne Gewähr

Witzig-Pleite gibt einem Rivalen Schub

Wie vom Aus des Frauenfelder Büroeinrichters Witzig die Büro Schoch Werkhaus profitiert.

Thomas Griesser Kym

Kurz vor Weihnachten haben die rund 60 Mitarbeitenden des Büroeinrichters Witzig The Office Company mit Hauptsitz in Frauenfeld erfahren, was einige schon geahnt hatten: Ihr Arbeitgeber ist zahlungsunfähig. In der Folge ist die Winterthurer Büro Schoch Werkhaus AG an die Öffentlichkeit gelangt: Inhaber und Geschäftsführer Jan Schoch zeigte sich bereit, einige Witzig-Mitarbeitende einzustellen und offen zu sein für die Betreuung von Witzig-Kunden.

Mittlerweile sind bereits acht ehemalige Witzig-Mitarbeitende bei Büro Schoch Werkhaus tätig, wie Jan Schoch auf Anfrage sagt. Und per 1. April werden es insgesamt zehn sein, und zwar in Logistik, Ver-

kauf, Innendienst und Service. «Damit bauen wir unsere Belegschaft um gut ein Drittel aus, auf 37 Mitarbeitende», beschreibt Schoch die Dimension.

Ab April auch in St. Gallen

Parallel zur Übernahme der neuen Mitarbeitenden hat Schoch «schon über einhundert frühere Witzig-Kunden gewonnen». Darunter solche, die Projekte zur Büroeinrichtung am Laufen haben oder planen wie auch solche, die künftigen Bedarf angemeldet haben. Schoch sagt, die bereits erhaltenen konkreten Aufträge reichten von Services bis zur Einrichtung von 30 bis 40 neuen Arbeitsplätzen.

Die Witzig-Kunden, die jetzt zu Büro Schoch wechseln möchten, verteilen sich auf weite Teile der Deutschschweiz. Schwer-

gewichtig kämen sie aus der Ostschweiz und dem Raum Zürich. Aber es hätten sich auch viele Kunden aus dem Aargau, der Innerschweiz, Basel und Bern gemeldet. Büro Schoch Werkhaus hat den Hauptsitz auf dem ehemaligen Sulzer-Areal und einen zweiten Standort in Zürich-Seeefeld. Am 1. April wird neben einem weiteren Standort in Schlieren auch ein neuer in St. Gallen eröffnet. Dies, um die Kunden in der Ostschweiz am Ort beraten zu können.

Aufruf an Witzig-Gläubiger

Mit den zehn neuen Beschäftigten sei das Unternehmen gut aufgestellt, und mit den neuen Kunden sei gewährleistet, dass es ausgelastet sei, sagt Jan Schoch. Nun gehe es darum, die neuen Mitarbeitenden zu integ-

rieren und mit der Firmenkultur vertraut zu machen. Von anderen ehemaligen Witzig-Mitarbeitenden weiss er, dass ein paar neue Stellen bei Konkurrenzfirmen gefunden hätten, mehrere hätten die Branche gewechselt und ein paar hätten sich im Umzugsgeschäft selbstständig gemacht.

Über die Firma Witzig ist mit Entscheid des Bezirksgerichts Frauenfeld vom 22. Januar gleichentags der Konkurs eröffnet worden. Seither lautet die Firma «Witzig The Office Company AG in Liquidation», und die Gesellschaft ist aufgelöst. Im summarischen Konkursverfahren sind die Gläubiger von Witzig aufgerufen, ihre Forderungen bis spätestens 20. März beim Konkursamt des Kantons Thurgau einzugeben.